

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 22.03.2023
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 RheinTakt-Konzept Abstimmung mit Nachbarkommunen und -Aufgabenträgern Vorlage: DezIII/1652/2023	5
3 Elternhaltestelle (Bring- und Holzone) in der Kolpingstraße Vorlage: FB5/1661/2023	6
4 Haltverbot Strümper Straße Vorlage: FB5/1662/2023	7
5 Fußgängerüberweg Grünstraße / Ecke Oststraße Vorlage: FB5/1663/2023	8
6 Fußgängerüberweg Bommershöfer Weg / Görresstraße Vorlage: FB5/1664/2023	8
7 Anträge	9
8 Anfragen	9
8.1 Anfrage von Die Fraktion vom 05.02.2023 - Verknüpfung von Maßnahmen aus AMO und ADI - Datennutzbarkeit	9
8.2 Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ vom 11.03.2023 - Durchfahrgeschwindigkeit Ortsdurchfahrt Ilverich	9
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	10
10 Termin der nächsten Sitzung: 16. Mai 2023	10
11 Verschiedenes	10

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S1/S2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Norma Köser
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Niklas Geppert	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger
Frau Astrid Hansen	Sachkundige Bürgerin
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann	Sachkundiger Bürger
------------------------	---------------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner	Ratsmitglied
---------------------	--------------

von der Verwaltung

Frau Dana Frey	Dezernat III
Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Christina Ruban	Fachbereich 5
----------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Norma Köser	Ratsmitglied
------------------	--------------

von der FDP-Fraktion
Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er bittet die Ausschussmitglieder um Einverständnis zur Erweiterung der Tagesordnung um folgenden Tagesordnungspunkt:

8.2: Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ vom 11.03.2023 - Durchfahrgeschwindigkeit Ortsdurchfahrt Ilverich.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Ein Anwohner der Kolpingstraße meldet sich zum Tagesordnungspunkt 3, mit folgenden Fragen zu Wort:

- Warum hat eine Ortsbegehung ohne Beteiligung von Anwohnern stattgefunden?
- Können die vorhandenen Freiflächen vor der Adam-Riese-Schule zur Einrichtung einer Hol- und Bringzone genutzt werden?
- Werden Ausgleichsparkflächen den Anwohnern zur Verfügung gestellt?

Herr Hartenstein erläutert, dass es sich hierbei um eine Maßnahme zur Verkehrssicherheit handle, wonach keine Beteiligung von Anwohnern erfolge. Eine sorgfältige Abwägung der einzelnen Interessen habe stattgefunden.

Der in der Beschlussvorlage vorgeschlagene Standort sei der geeignetste, da die Kinder zu einem Gehweg hin aussteigen können und dann auf Gehwegen die zwei Eingänge der Schule erreichen können. Die Sicherheit der Kinder stehe im Vordergrund.

Nach einem Jahr solle evaluiert werden, wie die Elternhaltestelle von den Eltern angenommen werde.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt auf, dass er es grundsätzlich begrüße, wenn die Kinder zu Fuß zur Schule gehen. Dies sei aber nicht immer möglich. Die Errichtung der Elternhaltestelle solle daher den Eltern die Möglichkeit bieten, ihr Kind sicher abseits der Schule abzusetzen, ohne dabei andere zu gefährden.

Ausgleichsparkflächen gebe es vor Ort nicht und seien auch nicht vorgesehen.

Ein weiterer Anwohner der Kolpingstraße fragt nach, wie die Beschilderung für die geplante Elternhaltestelle aussehe.

Herr Hartenstein führt auf, dass ein Halteverbotsschild mit den Hol- und Bringzeiten (Mo-Fr 7.30-8.30 und 11.30-14 Uhr) vorgesehen sei.

Frau Dr. Blaum fragt, ob in der Stadt Meerbusch ähnlich wie in Düsseldorf, eine Mobility-Challenge durchgeführt werden könne.

Frau Frey erläutert, dass dies derzeit nicht vorgesehen sei.

Frau Dr. Blaum möchte noch wissen, welche Maßnahmen an der Rheinbahn in Osterath durchgeführt werden.

Herr Hartenstein berichtet, dass es sich um Sanierungsmaßnahmen der Gleisquerung der Rheinbahn handle und hierfür eine Freimachung (Büsche etc.) durchgeführt wurde, um die Arbeiten durchführen zu können.

2 RheinTakt-Konzept Abstimmung mit Nachbarkommunen und -Aufgabenträgern Vorlage: DezIII/1652/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität nimmt das „RheinTakt“- Konzept und dessen Auswirkung auf das ÖPNV-Angebot in Meerbusch zustimmend zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, die in der Umsetzungsstufe 1 (Modul 1) aufgeführten Maßnahmen und beauftragt die Verwaltung, diese gemeinsam mit der Rheinbahn und Stadt Düsseldorf zum nächstmöglichen Zeitpunkt umzusetzen.

Der Ausschuss für Mobilität beauftragt die Verwaltung, die für die Umsetzung der Maßnahmen der Stufe 2 (Modul 2 und 3) des Rhein-Takts in der Abstimmung mit der Rheinbahn und Stadt Düsseldorf verlässliche Mehrkosten zu ermitteln und dem Ausschuss für Mobilität in einer der nächsten Sitzungen zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Schoenauer fragt nach, warum für die U 76 in der Umsetzungsstufe I samstags ein 10-Minuten-Takt vorgesehen sei und montags bis freitags dagegen nur ein 20-Minuten-Takt.

Frau Frey gibt nach der Sitzung folgendes zu Protokoll:

Dies ist so richtig.

Die Linie U 74 fährt in Meerbusch heute nur von:

Montag bis Freitag zwischen 7.00 Uhr und 8.00 Uhr im 20 Minuten-Takt und an Samstagen im 20 Minuten-Takt von 8.00 Uhr bis 19.00Uhr.

Durch die Integration der Linie U 74 in die Linie U 76 ergibt sich ein 10-Minuten-Takt der U 76 an Samstagen und an den Wochentagen in den Morgenstunden.

Sachkundiger Bürger Geppert merkt an, dass die U 76 derzeit schon viele Verspätungen habe und das Streckennetz überlastet sei. Eine höhere Taktung würde dies verstärken.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt, auf, dass es der Rheinbahn daran gelegen sei, die Taktzyklen zu harmonisieren.

Ratsfrau Neukirchen begrüßt die Beschlussvorlage. Sie merkt an, dass die Ausweitung der Betriebszeit der Buslinie SB 52 ohne eine Änderung der Bus- und Linienführung nicht zielführend sei.

Ratsherr Wagner bedauert es, dass keine Vertreter der Rheinbahn im Ausschuss vertreten seien, die das Konzept hätten vorstellen können.

Ratsfrau Kohn begrüßt insbesondere die Verbesserung des Nachtverkehrs an den Wochenenden im Rahmen der geplanten Taktverdichtung.

Ratsherr Schoenauer merkt an, dass die Akzeptanz der Buslinie SB 52 verbessert werden müsse. Er schlägt vor, dass Vertreter der Rheinbahn in den Ausschuss eingeladen werden, um Möglichkeiten zur Steigerung der Akzeptanz der Buslinie SB 52 aufzuweisen.

Frau Frey betont, dass derzeit weder die Rheinbahn und noch die Stadt Düsseldorf verlässlichen Zahlen hinsichtlich der Preise für die Mehrleistungen nennen können.

3 Elternhaltestelle (Bring- und Holzone) in der Kolpingstraße Vorlage: FB5/1661/2023

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt, im Bereich der Kolpingstraße, unmittelbar an der Adam-Riese-Schule, eine Elternhaltestelle einzurichten. Binnen eines Jahres nach Einrichtung der Elternhaltestelle erfolgt eine Evaluierung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	5		1
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15	0	1

Sachkundiger Bürger Parys nimmt aufgrund von Befangenheit nicht der Beschlussfassung teil.

Ratsherr Schoenauer führt auf, dass er die Errichtung der Elternhaltestelle als ein Versuch ansehe, die negativen Folgen des Bring- und Hol-Verkehrs an der Adam-Riese-Schule in den Griff zu bekommen. Er schlägt vor, den Beschluss mit dem Hinweis zu erweitern, dass nach einem Jahr eine Evaluation der Maßnahme erfolge.

Ratsherr Quaß betont, dass es sich um einen temporären (Mo-Fr 7.30-8.30 und 11.30-14 Uhr) und nicht dauerhaften Wegfall der Parkplätze handle.

Ratsfrau Neukirchen fragt nach, ob bei der Errichtung der Elternhaltestelle der geplante Ausbau der Karl-Borromäus-Straße berücksichtigt wurde.

Herr Hartenstein erläutert, dass mit Beginn der Baumaßnahme verkehrsrechtliche Maßnahmen getroffen werden, damit keine Gefahrenstellen in diesem Bereich entstehen.

Nach erfolgter Diskussion schlägt Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding vor, den Beschluss um folgenden Satz zu ergänzen: „Binnen eines Jahres nach Einrichtung der Elternhaltestelle erfolgt eine Evaluierung“ und stellt ihn zur Abstimmung.

4 Haltverbot Strümper Straße Vorlage: FB5/1662/2023

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt im Bereich der Strümper Straße L154, zwischen der Zufahrt zur Therapieambulanz und der Hausnummer 47 eine Neuregelung des Parkens.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Schoenauer begrüßt den Beschlussvorschlag. Er merkt an, dass im Sachverhalt der Beschlussvorlage von der Errichtung eines Fahrradschutzstreifens auf der stadtauswärts gelegenen Straßenseite der Strümper Straße die Rede sei. Die Planung der Radwegführung müsse dem Ausschuss separat vorgestellt werden.

Herr Hartenstein erläutert, dass sich der Beschluss ausschließlich auf die Regelung des Parkens beziehe. Inwiefern der Radverkehr zukünftig über einen Fahrradschutzstreifen stadtauswärts geführt werde oder wie bisher auf einem Zweier-Richtungs-Radweg, müsse mit Straßen NRW geklärt werden. Bisher präferiere Straßen NRW den Erhalt des einseitigen Zweirichtungsradverkehrs.

Ratsherr Wagner führt auf, dass durch das Haltverbot die Autofahrer eventuell dazu geneigt sein werden, mit höherer Geschwindigkeit über die Strümper Straße zu fahren. Er fragt nach, wie dies verhindert werden solle und, ob den Anwohnern Ausgleichsparkflächen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Hartenstein erklärt, dass auf der Strümper Straße 3 Parkplätze freigehalten werden sollen, um den Verkehr möglichst zu entschleunigen. Sollte dies nicht ausreichen, könne noch nachgebessert werden.

Er führt auf, dass die Maßnahme eine deutliche ÖPNV Beschleunigung mit sich bringen werde, welche von der Rheinbahn auch ausdrücklich gewünscht sei.

In der Abwägung dieser Tatsache, mit einem etwaigen Parkdruck, wurde zugunsten einer Verbesserung der sicherer werdenden Verkehrssituation und der ÖPNV Beschleunigung entschieden. Ausgleichsparkflächen seien folglich nicht vorgesehen.

Ratsfrau Niegeloh betont, dass bezüglich der Radwegführung insbesondere im Bereich der Therapieambulanz Handlungsbedarf bestehe.

Sachkundiger Bürger Behlen sieht die Maßnahme positiv. Er merkt an, dass die Situation am Ortseingang Strümp kritisch sei. Es werde von Osterath kommend nach Strümp mit hoher Geschwindigkeit

gefahren. Auch hier seien Überlegungen zu treffen, wie die der Verkehr entschleunigt werden könne.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Landesstraße handle. Zuständig sei der Straßenbaulastträger Straßen NRW. Die zukünftige Radwegeplanung sei noch zu planen und im Benehmen mit Straßen NRW festzulegen.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding weist darauf hin, dass der Beschluss bewusst nicht die Radwegführung zum Gegenstand habe. Die Radwegeplanung werde in einem separaten Beschluss beschlossen.

5 Fußgängerüberweg Grünstraße / Ecke Oststraße
Vorlage: FB5/1663/2023

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt auf der Grünstraße / Ecke Oststraße an der vorhandenen Querungshilfe einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) zur Schulwegsicherung einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss den obigen Beschluss.

6 Fußgängerüberweg Bommershöfer Weg / Görresstraße
Vorlage: FB5/1664/2023

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt auf dem Bommershöfer Weg / Ecke Hugo-Recken-Straße / Görresstraße einen Fußgängerüberweg zur Schulwegsicherung einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Bertholdt fragt, warum nur ein Zebrastreifen und nicht noch Weitere an dieser Kreuzung angebracht werden.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass sich der Hauptfußgängerweg auf der rechten Seite befinde. Dies sei auch die Hauptroute des Schülerverkehrs. Dadurch sei eine Anbringung von weiteren Zebrastreifen nicht erforderlich.

Ratsfrau Niegeloh fragt, wie sich die Kosten in Höhe von 15.000,00 € zusammensetzen.

Herr Hartenstein erläutert, dass ein Fußgängerüberweg immer mit der entsprechenden Beleuchtung ausgestattet werden müsse. Der vorhandene Beleuchtungskörper sei nachzurüsten.

Sachkundiger Bürger Spetsmann fragt, ob eine Anbringung des Zebrastreifens in Richtung Ortsmitte zur Bushaltestelle hin möglich sei. Der geplante Zebrastreifen sei zu nah an der vorhandenen Kreuzung.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt auf, dass für die Anbringung eines Zebrastreifens immer die örtliche Situation ausschlaggebend sei. Unter Berücksichtigung der baulichen und verkehrlichen Situation, sei die ausgewählte Stelle für den Zebrastreifen am sinnvollsten.

7 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

8 Anfragen

8.1 Anfrage von Die Fraktion vom 05.02.2023 - Verknüpfung von Maßnahmen aus AMO und ADI - Datennutzbarkeit

Ratsherr Wagner führt auf, dass die Beantwortung der Anfrage bereits im Ausschuss für Digitalisierung am 16. März 2023 erfolgt sei.

8.2 Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ vom 11.03.2023 - Durchfahrgeschwindigkeit Ortsdurchfahrt Ilverich

Nach der Sitzung gibt Herr Hartenstein folgendes zu Protokoll:

1. Hat die Verwaltung Erkenntnisse zu Überschreitungen der Geschwindigkeit?

Aktuelle Geschwindigkeitsmessungen liegen derzeit nicht vor. Die augenscheinliche Situation ist indes unauffällig.

2. Kann die Kreisverwaltung um entsprechende Prüfungen / Kontrollen gebeten werden?

Die Kreisverwaltung wird von der Stadtverwaltung gebeten, Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.

3. Wurden in der letzten Zeit Kontrollen durchgeführt?

Der Verwaltung sind derzeit keine Kontrollergebnisse bekannt.

4. Besteht durch die Stadt Meerbusch absehbar die Möglichkeit, mittels mobiler Messgeräte die Durchfahrgeschwindigkeiten zu ermitteln?

Die Verwaltung wird Topo-Boxen einsetzen, wenn diese verfügbar sind.

5. Wären bauliche Maßnahmen zur Einhaltung der angeordneten Geschwindigkeit möglich?

Es handelt sich um eine Kreisstraße. Der Kreis sieht bei unauffälligen Situationen keine Veranlassung, bauliche Maßnahmen durchzuführen. Die Verwaltung wird an der entsprechenden Stelle ein Dialogdisplay temporär einsetzen, wenn die Geschwindigkeitsmessungen mittels Topo-Boxen die entsprechenden Ergebnisse liefern.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Frau Frey berichtet über den Sachstand des Mobilitätskonzeptes.

Dieses befindet sich derzeit noch in der internen Abstimmungsphase mit den Fachbereichen.

In der nächsten Sitzung des Mobilitätsausschusses solle das Mobilitätskonzept vorgestellt werden und nach der Sommerpause sei die Beschlussfassung vorgesehen.

10 Termin der nächsten Sitzung: 16. Mai 2023

11 Verschiedenes

Ratsfrau Kohn fragt, wann die Fahrradboxen an den Haltestellen in Betrieb genommen werden.

Frau Frey führt auf, dass die Fahrradboxen der Rheinbahn gehören. Diese könne bisher noch keinen Zeitpunkt der Inbetriebnahme nennen. Zudem sei derzeit die preisliche Gestaltung für die Miete der Fahrradboxen unklar.

Nach der Sitzung gibt Frau Frey folgendes zu Protokoll:

Wegen der noch fehlenden Zugangs- und Hintergrundsysteme (Lieferschwierigkeiten) verzögert sich die Inbetriebnahme der Radstationen bis voraussichtlich Juni 2023.

Die genauen Tarifstrukturen werden erst im Mai festgelegt.

Die Fahrradboxen werden über die redy-App der Rheinbahn buchbar sein. Es ist geplant, die Konditionen so zu gestalten, dass die Nutzung der Fahrradboxen für die Rheinbahnkunden (Monatsabonnement) günstiger wird.

Ratsherr Quaß erkundigt sich nach dem Sachstand der Moerser Straße bezüglich der Straßenschäden.

Herr Hartenstein berichtet, dass bei der letzten Besprechung mit Straßen NRW dieses Thema von der Verwaltung kritisch angesprochen und von Seiten Straßen NRW zugesichert wurde, dass hieran mit Hochdruck gearbeitet werde. Ein Datum der Sanierung konnte nicht genannt werden.

Ratsfrau Neukirchen merkt an, dass die Unfallkommission über Unfallschwerpunkte entscheide. In dem Zeitungsartikel der Rheinischen Post vom 22. März 2023 – „Drei neue Unfallschwerpunkte in Büderich“ sei aber aufgeführt, dass ein früherer Vorschlag der Unfallkommission die Johannes-Kirschbaum-Straße als Einbahnstraße zu führen, nicht umgesetzt worden sei, weil die Anwohner dagegen seien.

Der Zeitungsartikel widerspreche der Aussage, dass die Unfallkommission darüber entscheide, ob Maßnahmen getroffen werden.

Nach der Sitzung gibt Herr Hartenstein folgendes zu Protokoll:

Im Artikel der Rheinischen Post wird fälschlicher Weise von einem Unfallschwerpunkt berichtet.

Die Johannes-Kirschbaum-Straße war bisher kein Unfallschwerpunkt, der die notwendigen Schritte einer Unfallkommission hätte rechtfertigen können.

Im Mai 2020 gab es eine Bürgereingabe, die Johannes-Kirschbaum-Straße als Einbahnstraße umzuwandeln.

Nach Prüfung und fehlender rechtlicher Grundlage wurde dieses aber damals abgelehnt.

Umgesetzt wurde aber in diesem Zuge die „rot“ Markierung der Querung der Johannes-Kirschbaum-Straße und das Verkehrszeichen 206 StVO (STOP) mit Haltbalken.

Die Unfälle, die jetzt zu einem Unfallhäufungspunkt geführt haben, sind alles Unfälle aufgrund von Fehlverhalten der Radfahrenden (Fahren entgegen der Fahrtrichtung). Die Johannes-Kirschbaum-Straße und dessen Sicht auf die L30 sind nicht die Ursache der Unfallhäufungsstelle.

Sachkundige Bürgerin Hansen weist drauf hin, dass es an der Unterführung des Bahnhofes Osterath im Bereich der Treppe keine Piktogramme gebe. Es komme häufig zu Verwechslungen der vorgesehenen Wege für Fußgänger und Radfahrer.

Herr Hartenstein sichert das Anbringen zweier Piktogramme im unteren Bereich zu.

Ratsherr Wagner regt an, einen Vertreter der Stadtwerke für die nächste Sitzung des Mobilitätsausschusses einzuladen, um über den Sachstand des Ausbaus der Ladeinfrastruktur und der Entwicklung der E-Fahrzeuge in Meerbusch zu berichten.

Ratsherr Bertholdt berichtet, dass es ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr zur Finanzierung von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen gebe. Er fragt nach, ob die Verwaltung an dem Förderprogramm interessiert sei und bringt das Silo in Osterath als möglichen Standort ins Gespräch.

Frau Frey berichtet, dass die Umsetzungsmöglichkeiten am Silo schwierig seien. Ende April gebe es eine Informationsveranstaltung zu diesem Förderprogramm.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung.

Meerbusch, den 04. April 2023

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Christina Ruban
Schriftführer/in